



News

- i Editorial:
Das Sparpaket darf nicht auseinanderfallen**
- i Wirtschaftliche Erholung verläuft
unerwartet schwungvoll**
- i rwi dialog 2010:
Die Energie der Zukunft**
- i ESPE 2010 in Essen –
Wissenschaft trifft Kultur**
- i Aus den Ruhrgebiets-Universitäten:
Wirtschaftspolitische Konsequenzen
der Wirtschaftskrise**

Nr. 3/2010

Das Sparpaket darf nicht auseinanderfallen



Die Bundesregierung hat mit ihrer Sparliste deutlich gemacht, dass und wo sie sparen möchte, um die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse einhalten zu können. Über die nächsten vier Jahre gerechnet sollen insgesamt 80,2 Mrd. € weniger ausgegeben werden. Doch schon bald nach Veröffentlichung der konkreten Liste kündigten einzelne Bundesminister Widerstand gegen die in ihrem Ressort vorgesehenen Einsparungen und Veränderungen an. Das ist aus Politikersicht eventuell noch nachvollziehbar, gefährdet aber den Erfolg des gesamten Projekts. Werden Einzelmaßnahmen herausgelöst, droht schnell das Auseinanderfallen des mühsam geschnürten Pakets. Dabei weist die Sparliste durchaus einige Pluspunkte auf.

Sie spiegelt, erstens, endlich wider, dass die Regierungspolitik in dieser Legislaturperiode auf Konsolidierung ausgerichtet sein muss. Ende der vergangenen Legislaturperiode ging es darum, in der Wirtschaftskrise

den Finanzsektor und die Unternehmen der Realwirtschaft zu unterstützen sowie die Folgen der Rezession am Arbeitsmarkt abzufedern. Diese gewaltigen Kraftakte der Solidarität haben zu einem hohen öffentlichen Schuldenstand geführt. Dieser birgt, wie das Beispiel Griechenland zeigt, Gefahren. Daher muss jetzt vor allem der Haushalt stabilisiert werden.

Das vorgelegte Sparpaket ist, zweitens, bis zum Ende der Legislaturperiode ausgelegt und balanciert somit diese Konsolidierungserfordernisse mit dem Wunsch, die konjunkturellen Anreize nicht allzu abrupt zurückzufahren. Dazu nutzt die Bundesregierung die Spielräume, die ihr die zeitlich gestreckte Einführung der grundgesetzlichen Schuldenbremse lässt, bewusst aus. In der nächsten Legislaturperiode dürften die Sparbemühungen wohl auch an bisher ausgesparten Positionen wie Subventionen und Steuerbefreiungen ansetzen.

Drittens spart die Bundesregierung nicht bei Bildung und Forschung. Das ist richtig, damit auch künftig Wohlstand erarbeitet werden kann – insbesondere auch, weil die dynamischeren Volkswirtschaften in der Welt zunehmend konkurrenzfähiger werden.

Viertens spiegelt der Zuschnitt des Sparpakets die Erkenntnisse der empirischen Wirtschaftsforschung wider, dass Einsparungen auf der Ausgabenseite tendenziell eher wirken als eine Erhöhung der Steuern, die das Wachstum langfristig dämpfen würde.

Und schließlich versucht das Sparpaket, alle Bereiche der Gesellschaft mit in die Pflicht zu nehmen. Dabei wird im Vergleich zu seinem Anteil an den staatlichen Ausgaben der Bereich Soziales sogar deutlich unterproportional gekürzt.

Christoph M. Schmidt

Wirtschaftliche Erholung verläuft unerwartet schwungvoll

Das RWI hat in einer Pressemitteilung vom 23. Juni 2010 seine Konjunkturprognose aktualisiert. Es rechnet für Deutschland nun für das laufende Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 1,9%, nachdem es im März noch von 1,4% ausgegangen war. Dabei bleiben im zweiten Halbjahr 2010 wohl die Ausfuhren die Triebfeder der Expansion. Daraus resultiert für 2011 ebenfalls eine etwas höhere Prognose von 1,7%. Allerdings werden sich die Auftriebskräfte voraussichtlich insgesamt abschwächen. Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte sich hingegen weiter verbessern. Das Sparprogramm der Bundesregierung gefährdet die wirtschaftliche Erholung nicht und sollte wie geplant ab dem nächsten Jahr umgesetzt werden.

Die Konjunktur in Deutschland hat sich im Frühjahr deutlich belebt. Getragen wurde sie insbesondere von den Ausfuhren, die von dem unerwartet kräftigen Aufschwung des Welthandels sowie von der Abwertung des Euro profitierten. Die Inlandsnachfrage hingegen nahm nur wenig zu: Die privaten Konsumausgaben waren bis zuletzt rückläufig, auch weil die Abwrackprämie im vergangenen Jahr zu vorgezogenen Pkw-Käufen geführt hatte, was die aktuelle Nachfrage dämpft. Wieder ausgeweitet wurde wohl die Investitionstätigkeit. Die Ausrüstungsinvestitionen sind nach dem scharfen Einbruch im vergangenen Jahr zuletzt leicht gestiegen, und die Bautätigkeit, die im Winterhalbjahr durch die Witterung eingeschränkt war, wurde durch das Konjunkturprogramm angeschoben, das erst in diesem Jahr seine volle Wirkung entfalten dürfte. Auch beim Wohnbau gab es Anzeichen einer Erholung.

In der zweiten Hälfte dieses Jahres werden die Ausfuhren voraussichtlich die Triebfeder der Expansion bleiben, zumal die jüngste Abwertung des Euro die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure weiter verbessert hat. Auch dürfte in nahezu allen Ländern die gesamtwirtschaftliche Produktion in den kommenden Monaten steigen. Besonders kräftige Zuwächse sind in den Schwellenländern zu erwarten, die den Einbruch

durch die Finanzkrise längst wettgemacht haben. Die Industrieländer erholen sich zwar langsamer, jedoch nimmt auch hier die Kapazitätsauslastung allmählich zu. In Folge dessen erwarten wir eine Zunahme der Exporte um 11,4%. Zwar dürften auch die Einfuhren recht kräftig steigen, insbesondere weil viele Unternehmen ihre Lagerbestände wieder auffüllen. Gleichwohl ist ein kräftiger Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft zum BIP von 1,4%-Punkten zu erwarten

BIP dürfte 2010 um 1,9% und 2011 um 1,7% wachsen

Von der Binnenwirtschaft dürften auch im weiteren Verlauf dieses Jahres per saldo – sieht man von dem zu erwartenden Lageraufbau ab – nur geringe Impulse ausgehen. Bei verhaltenen Einkommenssteigerungen und einer etwas anziehenden Teuerung werden die privaten Konsumausgaben voraussichtlich weiter leicht rückläufig sein. Der Staatskonsum, von dem aufgrund der Konjunkturprogramme im vergangenen Jahr deutliche Impulse ausgingen, dürfte nun langsamer expandieren. Die Investitionen werden wohl etwas stärker ausgeweitet werden, auch weil am Jahresende die Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmen wieder eingeschränkt werden, was Vorzieheffekte auslösen dürfte. Wir erwarten einen Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage von 0,6%-Punkten. Insgesamt dürfte das BIP im Jahr 2010 um 1,9% steigen.

Für das kommende Jahr sprechen mehrere Faktoren für nachlassende Auftriebskräfte. In einigen Schwellenländern wird bereits eine Überhitzung der Wirtschaft befürchtet, so dass dort die Geld- und die Finanzpolitik auf einen restriktiven Kurs einschwenken dürfte. In den Industrieländern hat die Verschuldung mancher Staaten inzwischen ein Niveau erreicht, bei dem die Finanzmarktakteure ein erhebliches Ausfallrisiko sehen. Speziell in Europa hat daher die Finanzpolitik für das kommende Jahr einen restriktiven Kurs angekündigt, was die Konjunktur wohl dämpfen wird. Vor diesem Hintergrund dürften der Exportboom 2011 an Schwung verlieren und die Ausfuhren um nur noch 5,9% ausgeweitet werden. Da allerdings ein schwächerer Anstieg der Einfuhren zu erwarten ist, dürfte der Beitrag der Außenwirtschaft zum BIP-Wachstum von 1,0%-Punkt etwas geringer ausfallen als in die-

Aus der Forschung

Eckwerte der RWI-Prognose vom Juni 2010

	2009	2010 ⁵	2011 ⁵
Bruttoinlandsprodukt¹	-4,9	1,9	1,7
Verwendung¹			
Konsumausgaben	0,8	-0,4	0,7
Private Haushalte ²	-0,1	-1,2	0,6
Staat	3,4	2,1	1,0
Anlageinvestitionen	-9,0	2,1	2,1
Ausrüstungen	-20,5	3,7	3,1
Bauten	-1,1	0,8	1,3
Sonstige Anlagen	4,9	4,1	3,6
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	-0,9	0,5	-0,2
Inlandsnachfrage	-2,1	0,6	0,7
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-2,9	1,4	1,0
Ausfuhr	-14,5	11,4	5,9
Einfuhr	-9,5	9,0	4,1
Erwerbstätige ³ , in 1 000	40 265	40 335	40 431
Arbeitslose ⁴ , in 1 000	3 423	3 239	3 073
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	8,2	7,8	7,4
Verbraucherpreise ⁶	0,4	1,1	1,3
Lohnstückkosten ⁷	5,1	-0,4	0,4
Finanzierungssaldo des Staates⁸			
in Mrd. €	-75,3	-110	-94
in % des nominalen BIP	-3,1	-4,5	-3,7
Leistungsbilanzsaldo⁹ in Mrd. €	119,2	138	147

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Im Inland. - ⁴Nationale Abgrenzung. - ⁵In Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit. - ⁶Verbraucherpreisindex. - ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁸In der Abgrenzung der VGR. - ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. - ⁵Eigene Schätzung.

sem Jahr. Für die Inlandsnachfrage ist nur eine graduelle Besserung zu erwarten. Mit dem Auslaufen des Konjunkturprogramms und aufgrund der Sparbeschlüsse der Bundesregierung nimmt der Staatsverbrauch wohl nur noch geringfügig zu, die öffentlichen Investitionen dürften sogar recht deutlich sinken. Andererseits dürften die privaten Konsumausgaben wieder etwas ausgeweitet werden und sich die moderate Aufwärtsbewegung bei den Ausrüstungsinvestitionen fortsetzen. Per saldo erwarten wir eine Zunahme des BIP um 1,7%.

Zahl der Arbeitslosen dürfte weiter sinken

Der Preisanstieg dürfte sich dabei insbesondere aufgrund der gestiegenen Einfuhrpreise etwas beschleunigen. Allerdings wird die Inflation mit 1,1% in diesem und 1,3% im kommenden Jahr wohl moderat bleiben, da die nach wie vor gering ausgelasteten Kapazitäten und die schwache Nachfrage die Spielräume für Preiserhöhungen begrenzen.

Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte sich weiter verbessern. Vorerst wird die sinkende Arbeitslosigkeit wohl noch wesentlich durch eine steigende Beschäftigung – insbesondere im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen – getragen. Allerdings ist zu erwarten, dass sich dieser Beschäftigungsaufbau aufgrund der angespannten Finanzlage des Staates nicht fortsetzen wird. Zugleich werden die Industrieunternehmen wohl bestrebt sein, den vorhandenen Personalbestand effizienter zu nutzen, und deshalb kaum neue Arbeitsplätze schaffen. Daher dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Verlauf von 2011 kaum noch steigen. Die Arbeitslosenquote dürfte gleichwohl von 7,8% auf 7,4% im Durchschnitt des Jahres 2011 zurückgehen, da das Erwerbspersonenpotenzial aus demographischen Gründen weiter sinken wird.

Sparprogramm der Bundesregierung sollte wie geplant ab 2011 umgesetzt werden

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich in diesem Jahr voraussichtlich weiter verschlechtern. Die Steuereinnahmen dürften weiter sinken, während die Staatsausgaben auch aufgrund der Konjunkturprogramme wohl nochmals recht deutlich steigen werden. Das Budgetdefizit dürfte sich in Relation zum BIP auf 4,5% erhöhen und damit nicht so stark wie im März erwartet. Im kommenden Jahr ist aufgrund der Sparbemühungen und der konjunkturbedingt zunehmenden Einnahmen ein Rückgang der Defizitquote auf 3,7% zu erwarten.

Die wirtschaftliche Erholung verläuft derzeit schwungvoller als vor drei Monaten prognostiziert. Ausschlaggebend ist allein die kräftige Expansion der Weltwirtschaft, die allerdings – wie ausgeführt – im Prognosezeitraum an Tempo verlieren dürfte. Die Binnenwirtschaft gewinnt hingegen wohl erst allmählich an Fahrt, vor allem weil die Rezession und die Reaktion der Politik darauf nachwirken. Aber selbst unter diesen Rahmenbedingungen erwarten wir nicht, dass die Umsetzung des Sparprogramms der Bundesregierung einen neuerlichen Abschwung auslösen wird. Mit der

Konsolidierung im nächsten Jahr zu beginnen, dürfte weniger schädlich für die Konjunktur sein als ein Hin-ausschieben, das – will man die neue, im Grundgesetz verankerte Schuldenregel einhalten – unweigerlich größere Einschnitte in den kommenden Jahren nach sich ziehen müsste. Zwar ist die konjunkturelle Lage nach wie vor labil, da die Finanzmärkte noch nicht zur Ruhe gekommen sind. Sollten sich die Probleme dort verschärfen und dies die Konjunktur unerwartet stark dämpfen, so wäre allerdings bei dann wohl wieder steigenden Defiziten ein „Hinterher sparen“ das falsche Rezept.

Diesem Beitrag liegt eine RWI-Pressemitteilung vom 23. Juni 2010 zugrunde.

*Informationen: doehrn@rwi-essen.de,
weiler@rwi-essen.de*

Aus den Ruhrgebiets-Universitäten

Aus der Universität Duisburg-Essen

Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Wirtschaftskrise

Wie könnte eine Wettbewerbsregulierung für Finanzmärkte in der Zukunft aussehen? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Jahrestagung der Arbeitsgruppe

Wettbewerb des Wirtschaftspolitischen Ausschusses im Verein für Socialpolitik, die in den Räumen der RWE AG in Essen stattfand und von Prof. Dr. *Ansgar Belke* (Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomik der Universität Duisburg-Essen) organisiert wurde.

Die Arbeitsgruppe Wettbewerb eröffnete ihren Teil der Tagung mit einem Eingangsreferat von Prof. *Martin Hellwig, PhD* (Bonn Graduate School of Economics) in dessen Zentrum die Frage stand, ob Staatshilfen zur Stützung von Banken grundsätzlich vermeidbar sind. Im Mittelpunkt der intensiven Diskussionen standen zudem die wirtschaftspolitischen Konsequenzen der Wirtschaftskrise.

Zahlreiche Aspekte dieser Thematik wurden auch von dem im Anschluss tagenden Wirtschaftspolitischen

Aus den Ruhrgebiets-Universitäten

Ausschuss unter der Leitung von Prof. *Theresia Theurl* (Universität Münster) analysiert. Nach den Erfahrungen der Finanzkrise und der Debatte um Reformen im Bankensektor stellten sich die Mitglieder die Frage, welche wettbewerbspolitischen und regulatorischen Ansatzpunkte für die Zukunft nötig sind, um insbesondere die Gefahr einer Kettenreaktion, die im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch einiger internationaler und nationaler Banken entstanden ist, zu vermeiden.



Im Rahmen seiner Dinner-Speech griff RWI-Präsident Prof. Dr. *Christoph M. Schmidt* das Rahmenthema der Veranstaltung auf und berichtete über entsprechende Forschungsprojekte seines Instituts. Zusätzlich stellte er dessen Entwicklung vor und lotete weitere Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Wirtschaftsforschungsinstituten und der Wirtschaftsforschung an den Universitäten aus.

Informationen: volker.clausen@wiwi.uni-due.de



Eingeworbene Forschungsaufträge

Gemeinschaftsdiagnose 2010–2013.

Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn.

Laufzeit: 3 Jahre



rwi dialog 2010: Die Energie der Zukunft

Am Thema Energie kommt in diesem Jahr niemand vorbei – auch das RWI nicht. Denn die anstehende Erneuerung des deutschen Kraftwerksparks verlangt weitreichende Entscheidungen, die unseren Energiemix bis ins Jahr 2050 prägen werden. Als Weichenstellung gilt das für den Herbst angekündigte Energiekonzept der Bundesregierung. Aus diesem Grund hat der zweite rwi dialog in Berlin die Frage nach der Energie der Zukunft gestellt. Mit Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wurde am 21. Juni darüber diskutiert, wie die drei Ziele der Energiepolitik – Umwelt- und Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit – am besten in Einklang gebracht werden

können. Rund 80 Teilnehmer – größtenteils Vertreter aus den Hauptstadtbüros von Unternehmen und Verbänden, Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten sowie Wissenschaftler und Journalisten – waren zu der Veranstaltung in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen gekommen.



Dr. Bernhard Heitzer

Termine



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt



Aus den einführenden Worten von *Bernhard Heitzer*, beamteter Staatssekretär im BMWi, ging die Präferenz des Wirtschaftsministeriums für eine möglichst marktwirtschaftliche Energiepolitik hervor, welche die drei Ziele in einer ausgewogenen Balance hält und sich dabei den Anforderungen Deutschlands als Industrieland mit energieintensiven Branchen bewusst ist. Beim anschließenden Vortrag von *Martin Faulstich*, der als Vorsitzender des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) ein wichtiger Berater des Umweltministers ist, standen hingegen die Erfordernisse des Klimaschutzes im Vordergrund. Aufgrund der erforderlichen Minderung der Kohlendioxid-Emissionen sei es notwendig, dass bis zum Jahr 2050 die deutsche Stromversorgung vollständig durch erneuerbare Energien erfolge. Faulstich präsentierte ein Szenario, wie dieses Ziel durch einen Transport- und Speicher-Verbund zwischen Deutschland, Dänemark und Norwegen

erreicht werden könne. Die Stromversorgung würde danach weitgehend durch On- und Offshore-Wind sichergestellt, ergänzt um kleine Anteile Wasserkraft, Biomasse und Photovoltaik.

Energiemix der Zukunft

Fritz Vahrenholt, der als Vorstandsvorsitzender von RWE Innogy den Ausbau der erneuerbaren Energien im RWE-Konzern vorantreibt, präsentierte hingegen einen Energiemix, in dem die Erneuerbaren nur ein Pfeiler der Energieversorgung neben Kernenergie, Gas und hocheffizienter Kohle sein werden. Umfang und Geschwindigkeit des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren seien davon abhängig, wie gut die Volatilität des erneuerbaren Stroms beherrscht und die Zusatzkosten minimiert werden könnten. Er betonte, dass Kernenergie als eine in hohem Maße regelbare Technologie die Schwankungen des Windstroms sehr gut ausgleichen könne und eine Laufzeitverlängerung daher keinesfalls den Ausbau der Erneuerbaren gefährde. Im Gegenteil: Längere Laufzeiten der Kernenergie schafften volkswirtschaftliches Vermögen, das zur Finanzierung der Erneuerbaren genutzt werden könne.



Prof. Dr. Martin Faulstich

RWI-Präsident *Christoph M. Schmidt* fokussierte seinen Vortrag auf die Kritik am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das durch seine technologiespezifischen Einspeisevergütungen zu einer dramatischen Überförderung der Photovoltaik geführt habe. Allein für die zwischen 2000 und 2009 installierten Solarmodule müssten die Verbraucher reale Zusatzkosten von insgesamt 52 Mrd. € schultern. Dabei trage Solarstrom weniger als 2% zum deutschen Energiemix bei. Um einen kosteneffizienten Klimaschutz zu gewährleisten, solle die Politik die ineffiziente Förderpolitik durch das EEG stark reduzieren und ihre Anstrengungen stattdessen auf die Verbesserung des europäischen Emissionshandels konzentrieren. Entscheidend sei, dass die Volatilität der Zertifikatepreise durch geeignete Instrumente reduziert werde.

Reform des EEG erforderlich

Die Kompromiss- und Konfliktlinien zwischen den vorangehenden Vorträgen wurden in der anschließenden Podiumsdiskussion herausgearbeitet. Ausgangspunkt war die auf dem Podium weitgehend geteilte Überzeugung, dass eine Reform des EEG erforderlich



Nils aus dem Moore

ist. Fritz Vahrenholt plädierte für einen Dreiklang aus der Förderung der erneuerbaren Energien, der Speichertechnik sowie des Netzausbaus. „Erst bauen wir die Speicher, dann füllen wir sie mit Erneuerbaren“, so seine Strategie. Die bisherige Förderpraxis stelle diese Logik aber „vom Fuß auf den Kopf“. Statt das Geld der deutschen Stromverbraucher an chinesische Anlagenbauer zu transferieren, sollte es besser verwendet werden, um die Netze in Deutschland auszubauen. Zudem sollten Angebot und Nachfrage bei den Einspeisevergütungen künftig berücksichtigt



Über die Bedeutung der erneuerbaren Energien und ihre Förderung wurde heftig diskutiert

Termine



Einspeisevergütung für Photovoltaik sollte konsequent gesenkt werden

Zumindest eine große Über-Förderung der Photovoltaik aufgrund zu langsam an den technischen Fortschritt angepasster Einspeisevergütungen konstatierte auch Martin Faulstich vom SRU. Statt in Deutschland solle die Photovoltaik lieber in sonnenreicheren Ländern wie Spanien gefördert werden, so sein Vorschlag. Insgesamt dürfe die Förderung der erneuerbaren Energien auch nicht weiter nach dem zwar idealistischen, aber für eine effiziente Stromversorgung nicht realistischen Prinzip „small is beautiful“ erfolgen. Denn auch zukünftig würde ein Großteil der deutschen Stromversorgung aus zentralen Anlagen und großen Energieparks stammen.

werden, so dass beispielsweise bei viel Wind oder starker Sonneneinstrahlung eine geringere Vergütung gezahlt würde. „Ich bin kein Feind der Photovoltaik!“, stellte Vahrenholt klar. Erneuerbare Energien müssten aber ohne dauerhafte Subventionen marktfähig sein.

Auch Staatssekretär Heitzer mahnte an, erneuerbare Energien künftig effizienter zu fördern. Er gab zudem zu bedenken, dass Kraftwerke meist über 30 bis 40 Jahre laufen. Aufgabe der Politik sei es daher vor allem, konstante und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. „Je mehr man für die Planungssicherheit tut, umso besser funktionieren Märkte“, betonte auch RWI-Präsident Christoph M. Schmidt. Zwar könne das EEG insgesamt nicht abrupt abgeschafft werden, eine konsequente Senkung der Einspeisevergütung sei jedoch nötig. Schmidt sprach sich zugleich dagegen aus, die Photovoltaik weiter zu fördern.

Mit der Formel „Welpenschutz für Offshore-Wind, mehr Marktgesetze für die Photovoltaik“ bilanzierte schließlich Moderator Nils aus dem Moore, RWI-Referent für wirtschaftspolitische Kommunikation, die wesentlichen Ergebnisse der Diskussionsrunde. Subventionen für neue Technologien seien durchaus gerechtfertigt, nach Ende eines von vornherein befristeten Welpenschutzes müsse aber jeder Hund alleine laufen können. Nach diesem Fazit nutzten Diskussteilnehmer und Publikum die Gelegenheit, die Impulse des rwi dialogs beim Büffet im Atrium der Landesvertretung zu vertiefen.

Informationen: frondel@rwi-essen.de,
ausdemmoore@rwi-essen.de



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt,
Dr. Bernhard Heitzer,
Prof. Dr. Fritz Vahrenholt,
Prof. Dr. Martin Faulstich,
Nils aus dem Moore,
Dr. Jochen Kluge



ESPE 2010 in Essen – Wissenschaft trifft Kultur ■

CC Süd der Messe Essen:

Ein idealer Ort für die ESPE 2010

Rund 300 Ökonomen kamen von 9. bis 12. Juni 2010 nach Essen, um an der in diesem Jahr vom RWI ausgerichteten Jahrestagung der „European Society for Population Economics“ teilzunehmen. Da das Platzangebot des Instituts die räumlichen Anforderungen der Konferenz nicht erfüllen konnte, fand sie im CC Süd des Congress Centers an der Messe Essen statt. Neben bis zu neun parallelen Räumen für die einzelnen Sessions mit je drei bis vier Vortragenden Wissenschaftlern bot das dortige Foyer genug Raum für Mittagessen und Kaffeepausen.



Termine

Poster-Session:

Das Foyer als wissenschaftlicher Marktplatz

Die Konferenz bot inhaltlich ein breites Spektrum, die vorgestellten wissenschaftlichen Papiere beschäftigten sich unter anderem mit Themen wie Haushalt, Arbeitsmarkt, öffentliche Finanzen, Gesundheit und Bevölkerung. Verteilt auf sieben Session-Blöcke fanden während der Konferenz 58 einzelne Sessions statt. Am zweiten Konferenztage wurden im Rahmen einer „Poster-Session“ im Foyer des CC Süd zudem während der Mittagspause rund 30 Forschungsprojekte auf Postern vorgestellt.



ESPE-Präsident Hatton:

Der Körpergröße der Europäer auf der Spur

Neben den parallelen Sessions gab es drei wissenschaftliche Plenumsvorträge für alle Konferenzteilnehmer. Nach der Begrüßung durch RWI-Präsident *Christoph M. Schmidt* widmete sich am ersten Konferenztage *Alan Manning* von der London School of Economics dem Thema „One Nation under a Groove? Immigration and Identity“. Am zweiten Tag sprach *Maristella Botticini* von der Bocconi University über „Culture, Institutions, and Social Norms in Historical Perspective“. ESPE-Präsident *Tim Hatton* von der University of Essex/Australian National University ging schließlich in seinen Ausführungen auf die Frage ein „How Did Europeans Grow so Tall?“.



RWI:

Orga-Team und viele Helfer machten ESPE-Tagung zum Erfolg

Mit Teilnehmern aus 22 verschiedenen Ländern war die 24. ESPE-Jahrestagung überaus international besetzt. Diese kamen sowohl aus Europa (Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Finnland, Frankreich, Holland, Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien) als auch aus Übersee (Australien, Kanada, Israel, Neuseeland, USA). Für die Organisation der Konferenz sorgten *Sabine Weiler* und *Daniela*

Schwindt aus der RWI-Abteilung „Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion“, unterstützt von *Claudia Schmedchen* aus dem Berliner Büro. Mitarbeiter der EDV-Abteilung waren bei technischen Problemen zur Stelle. Zahlreiche Jungwissenschaftler und studentische Hilfskräfte des Instituts begleiteten zudem die Sessions, halfen, die Tagungsunterlagen auszugeben, und waren Ansprechpartner für alle Fragen der Konferenzteilnehmer.

Termine



Social Events:

Wissenschaftler erkundeten die Kulturhauptstadt

Am Rande des wissenschaftlichen Konferenzprogramms hatten die ESPE-Teilnehmer Gelegenheit, beim Rahmenprogramm die Kulturhauptstadt Essen kennenzulernen. So konnten sie unter anderem an einer Führung über das Weltkulturerbe Zeche Zollverein mit dem Titel „On Coal and Colliers“ teilnehmen. Am Abend des ersten Konferenztages standen ein Besuch in der Sonderausstellung „Das schönste Museum der Welt“ des 2010 wiedereröffneten Museum Folkwang und ein kleiner Empfang in der „Gastronomia Officina“ in Essen-Bredeney auf dem Programm. Am darauffolgenden Abend schließlich ging es zum „Conference Dinner“ in den Stadtgarten Steele, zunächst zum Barbecue im Biergarten, danach zum Public Viewing des zweiten Spiels der Fußball-WM in Südafrika, die an diesem Tag begann. Dabei fiel die Begrüßung durch ESPE-Präsident *Tim Hatton* im Stadtgarten Steele recht kurz aus, umfasste sie doch eigentlich nur ein Wort: Essen.





JUNE 9-12 ESSEN [GER] ESPE 2010

Informationen: weiler@rwi-essen.de

Publikationen

Ruhr Economic Papers

Download unter www.rwi-essen.de/rep

Diese Serie wird gemeinsam von der Ruhr-Universität Bochum (RUB), der Technischen Universität Dortmund (TU Do), der Universität Duisburg-Essen (UDE) und dem RWI herausgegeben, die RGS Econ ist über diese Institutionen beteiligt.

(187) Isphording, I.E. (RUB)

Risky Business – The Role of Individual Risk Attitudes in Occupational Choice

(188) Bachmann, R., T. K. Bauer und P. David (RWI, RUB, RGS)

Labour Market Entry Conditions, Wages and Job Mobility

(189) Peters, J., C. Vance und M. Harsdorff (RWI)

Rural Electrification and Manufacturing Firm Performance in Benin – An Ex-Ante Impact Assessment

(190) Belke, A., C. Dreger und F. de Haan (UDE, RGS)

Energy Consumption and Economic Growth – New Insights into the Cointegration Relationship

(191) Peters, J. und C. Vance (RWI)

Rural Electrification and Fertility – Evidence from Côte d'Ivoire

(192) Engel, D., V. Procher und Ch.M. Schmidt (RWI, RGS)

The Asymmetries of a Small World: Entry Into and Withdrawal From International Markets by French Firms

(193) Engel, D. und V. Procher (RWI, RGS)

Home Firm Performance after Foreign Investments and Divestitures

RWI Positionen

Download unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-positionen/

(36) Peter Grösche und Carsten Schröder

Erneuerbare Energien – Kosteneffizienz muss über weiteren Ausbau entscheiden. 21. Juni 2010

Nach der Sommerpause 2010 will die Bundesregierung ihr Energiekonzept vorstellen, das die Leitlinien des künftigen Energiemix definiert. Im Fokus der Diskussion stehen der Ausbau des Anteils erneuerbarer Energieträger an der Stromerzeugung sowie eine Verlängerung der Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke. Bereits im Vorfeld hat sich die Regierung dazu bekannt, 2020 mindestens 30% des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Dies soll durch eine Fortführung der Förderung im Rahmen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) erreicht werden.

Zweifellos führt auf lange Frist kein Weg an einem Umbau des Energiesystems vorbei, in dem erneuerbare Energien die Stütze der Versorgung bilden werden. Allerdings müssen Umfang und Finanzierung eines solchen politischen Projekts die Präferenzen der Bürger berücksichtigen. Verzichtet die Energiepolitik auf Obergrenzen für die Kosten der Förderung, kann der Fall eintreten, dass die Bürger aufgrund einer übermäßigen finanziellen Belastung einer solchen Politik die Legitimation entziehen. Diese RWI-Position verdeutlicht, dass diese Grenze möglicherweise bereits erreicht ist. In der konkreten Ausformulierung des Energiekonzepts

muss die Politik daher stärker als bisher bestrebt sein, beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien das Kriterium der Kosteneffizienz anzuwenden.

Neu im RWI



Seit dem 1. Mai 2010 ist **Philipp an de Meulen** als Wissenschaftler im Kompetenzbereich „Wachstum und Konjunktur“ tätig. Zuvor studierte er Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Dortmund. Zwischen Oktober 2006 und April 2010 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für

Makroökonomie (Prof. Dr. Philipp Harms) der RWTH Aachen. Seine Dissertation im Zuge eines DFG-Projekts beschäftigt sich mit dem Einfluss des demographischen Wandels auf internationale Direktinvestitionen. Ein Arbeitsschwerpunkt liegt in der Analyse des Effekts demografischer Strukturen auf Enteignungsrisiken in Entwicklungs- und Schwellenländern. Im Rahmen der Konjunkturforschung analysiert er insbesondere die Staaten der Europäischen Union.



Seit dem 16. Juni 2010 arbeitet **Philipp Breidenbach** im Kompetenzbereich „Öffentliche Finanzen“ des RWI. Er studierte Wirtschaftswissenschaft mit den Schwerpunkten Ökonometrie, Steuerlehre und Rechnungslegung an der Ruhr-Universität Bochum. Seiner Tätigkeit am RWI ging ein insgesamt mehrmonatiges

Praktikum voraus, in dessen Rahmen er seine Diplomarbeit am Lehrstuhl von Prof. Schmidt unter Betreuung von RWI-Wissenschaftler Timo Mitze schrieb. Thema der Arbeit waren Effekte der europäischen Strukturfonds auf die regionale Einkommenskonvergenz.

„Was macht eigentlich ...“

... John P. Haisken-DeNew



John P. Haisken-DeNew ist seit März 2009 Inhaber des Lehrstuhls „Wirtschaftspolitik, insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik“ der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Vom Januar 2003 bis zu seiner Berufung arbeitete er als Leiter der

Kompetenzbereiche „Migration, Integration, Bildung“ und „Daten“ im RWI, davor in der SOEP-Gruppe des DIW. Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem im Bereich der angewandten Wettbewerbspolitik, Arbeitsmarktökonomik, Mikroökometrie, Wohlfahrtsmessung und Ungleichheit. Haisken-DeNew studierte Volkswirtschaftslehre an der University of Toronto sowie der Carleton University in Kanada und wurde 1995 an der Universität München promoviert. Er hat in Fachzeitschriften wie dem *American Economic Review*, *Review of Economics and Statistics*, *Journal of Human Resources* und weiteren publiziert. Außerdem ist er Entwickler der Software „PanelWhiz“, ein Programm zur Verarbeitung von Paneldatensätzen.

1.) Was haben Sie aus Ihrer Arbeit am RWI für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?

Die Arbeit am RWI hat mir die Bedeutung und Notwendigkeit einer guten Ordnung gezeigt. Ob ich das jemals tatsächlich einhalten werde, ist eine andere Frage. Wenigstens weiß ich, wie es ausschauen sollte.

2.) Was haben Sie aus Ihrer Zeit am RWI noch am deutlichsten in Erinnerung?

Die Qualität, das Engagement und die Menschlichkeit der Mitarbeiter. Ihr seid super! Ich habe viele Freunde für das Leben dort gewonnen.

3.) Wie unterscheidet sich das, was Sie jetzt tun, von Ihrer Arbeit am Institut?

Ich habe die schöne Aufgabe, an der Universität jetzt den Studenten die „Intuition“ für VWL zu vermitteln und zu zeigen dass eine spätere Arbeit in diesem Bereich der Forschung „totally cool“ und zugleich inhaltlich relevant sein kann.

4.) Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zukommen wird?

Noch mehr Verbindungen zu den Universitäten aufzubauen. Die großen Institute und die Unis brauchen sich gegenseitig.

5.) Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten?

Ob ich immer ein Supporter von England und Chelsea gewesen bin.



RWI News

Nr. 3/2010 (Juni)

Herausgeber:
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3
45128 Essen
Tel.: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200
rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de
Alle Rechte vorbehalten
Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt
Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt
Layout: Daniela Schwindt
Fotos: Julica Bracht, Sven Lorenz, Götz Schleser, Sabine Weiler,
ISSN 1612-3581